TERRANETS BW GMBH

EUROPAWEITE VERGABE DER LIEFERUNG VON ROHRFORMTEILEN FÜR DEN NEUBAU DER GASTRANSPORTLEITUNG SPO IM VERHANDLUNGSVERFAHREN NACH SEKTVO

TEILNAHMEFORMULAR

Teil A: Allgemeine Angaben des Bewerbers

Vom Teilnahmeantrag umfasste Lose (Mehrfachangabe möglich)

Hiermit geben wir einen Teilnahmeantrag für folgende Lose ab:

☐ Los 1 – Lieferung Abzweigstücke

☐ Los 2 – Lieferung Reduzierstücke

☐ Los 3 – Lieferung von Flanschen, Verbindungselementen und Dichtungen

☐ Los 4 –Lieferung von Ausbläserstützfüßen

(Zutreffende bitte ankreuzen)

Teilnahme am Vergabeverfahren

☐ als Einzelbewerber

☐ als Bewerbergemeinschaft

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Einzelbewerber

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
HR-Nr.		
Steuer-Nr./ Ust.-Nr.		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Die Seiten 4 bis 8 sind nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen:

Teilnehmer der Bewerbergemeinschaft

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 1		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
HR-Nr.		
Steuer-Nr./ Ust.-Nr.		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 2		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
HR-Nr.		
Steuer-Nr./ Ust.-Nr.		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 3		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
HR-Nr.		
Steuer-Nr./ Ust.-Nr.		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft

Bevollmächtigter Vertreter der Bewerbergemeinschaft:
_____ *[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]*

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

Für das Unternehmen Nr. 1:

_____
Ort, Datum

_____
Name(n) der Person(en) in Druckbuchstraben, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft abgibt/ abgeben

Für das Unternehmen Nr. 2:

_____
Ort, Datum

_____
Name(n) der Person(en) in Druckbuchstraben, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft abgibt/ abgeben

Für das Unternehmen Nr. 3:

_____
Ort, Datum

_____
Name(n) der Person(en) in Druckbuchstraben, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft abgibt/ abgeben

Diese Seite ist nur im Falle einer Eignungsleihe auszufüllen:

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bieter / eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“, § 47 SektVO).

Im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene(s) Unternehmen	**Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen eingebunden wird**

Eine Erklärung des/ der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten/Eignungen zur Verfügung stehen, ist/ sind dem Antrag beizufügen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen, vgl. hierzu Seite 9.

Hinweis: Die alleinige Benennung von Herstellern bzw. Fertigungsstätten zum Nachweis der auf Seite 18 festgelegten Anforderungen an das Qualitätsmanagement der Herstellung ist nicht in diesem Formblatt als Eignungsleihe anzugeben. Das Formblatt ist jedoch auszufüllen, soweit der Bewerber die Fähigkeiten oder Kapazitäten eines anderen Unternehmens zur Erfüllung weiterer Eignungskriterien in Anspruch nimmt.

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis:

Im Falle einer Teilnahme als Bewerbergemeinschaft sowie im Fall der Eignungsleihe ist dieses Formblatt, Teil B, zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von den Unternehmen, auf die im Rahmen der Eignungsleihe zugegriffen wird, gesondert auszufüllen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1 bis III.1.3 der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

Sofern ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungsleihe), ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister sowie das vollständig ausgefüllte beigefügte Formular CSX-59 „Eigenerklärung-Information zum Bieter-1“.

Bitte als **Anlage A** beifügen.

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bewerber) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,

3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Hinweis: Falls eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,

- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,

- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,

- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen

    1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung über das Vorliegen einer Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von jeweils mind. 5 Mio. EUR für Personen-, Sachschäden oder Eigenerklärung des Bewerbers, im Auftragsfall einen entsprechenden Versicherungsschutz in der geforderten Höhe zu stellen.

Dieser Nachweis ist von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung über die Einhaltung der Bestimmungen des § 55 SektVO über die Erzeugnisse aus Drittländern.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Aktueller Nachweis eines eingeführten und durch betriebliche Anweisungen umgesetzten, international anerkannten und zertifizierten Qualitätsmanagementsystems entsprechend der DIN EN ISO 9001er oder API Spec Q1 oder gleichwertiger Nachweis.

Der Bewerber hat nachzuweisen, dass sämtliche für die ausgeschriebenen Produkte vorgesehenen Herstellungstätigkeiten durch Unternehmen und in Fertigungsstätten erfolgen, die für die jeweils vorgesehenen Herstellungstätigkeiten über ein gültiges Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001 oder API Spec Q1 bzw. einen gleichwertigen Nachweis verfügen.

Hierzu sind die vorgesehenen Hersteller und Fertigungsstätten zu benennen und die entsprechenden Zertifikate bzw. gleichwertigen Nachweise vorzulegen. Der Geltungsbereich der Nachweise muss die jeweils vorgesehenen Herstellungstätigkeiten und Fertigungsstätten abdecken.

Führt der Bewerber selbst Herstellungstätigkeiten aus, ist der entsprechende Nachweis auch für die von ihm ausgeführten Herstellungstätigkeiten und Fertigungsstätten vorzulegen. **Führt der Bewerber selbst keine Herstellungstätigkeiten aus, ist eine eigene Zertifizierung des Bewerbers nicht erforderlich.**

Die alleinige Benennung eines Herstellers und Vorlage dessen Zertifizierung zum Nachweis dieser Anforderung stellt keine Eignungsleihe nach § 47 SektVO dar. Die Vorgaben zur Eignungsleihe bleiben unberührt, soweit Kapazitäten anderer Unternehmen zur Erfüllung weiterer Eignungsanforderungen in Anspruch genommen werden.

Bitte als **Anlage B** beifügen.

Eigenerklärung über Referenzen – Rohrformteile Lose 1 bis 4

Die Referenzobjekte müssen in den letzten sechs Kalenderjahren (01/2019-heute) geliefert und abgenommen worden sein.

Die Referenzen sind bei Bewerbergemeinschaften insgesamt nur einmal vorzulegen.

Mit der Einreichung dieses Teilnahmeantrages bestätigt der Bieter, die folgenden aufgeführten Referenzeigenschaften zu erfüllen. Zusätzlich ist eine Beschreibung der jeweiligen Referenzobjekte beizulegen. Die äußere Form ist frei, **die hier aufgeführten Referenzeigenschaften müssen ersichtlich sein**.

Für die Prüfung der Referenzobjekte sind die marktüblichen Angaben über die Referenz (Name und Kontakte des Referenzgebers, Projekttitel, Jahr der Lieferung, Menge der Lieferung) erforderlich. Die Referenzen müssen für den Auftraggeber klar verständlich sein.

Einzureichende Referenzobjekte je Los

Los 1

zwei Referenzen für

- Abzweigstücke für Erdgas aus längsnahtgeschweißten oder nahtlosen Stahlrohren nach DIN EN ISO 3183 PSL incl. Annex A

- Nennweite ≥DN 800
- Auslegungsdruck ≥70 bar
- Auslegungstemperatur -10 C° bis + 60 °C
- Lieferung zur Baustelle

Los 2

zwei Referenzen für

- Reduzierstücke für Erdgas in konzentrischer Form

- Nennweite ≤ DN 500 und ≥DN 200
- Auslegungsdruck ≥70 bar
- Auslegungstemperatur -10 C° bis + 60 °C
- Lieferung zur Baustelle

Los 3

je zwei Referenzen für

- die Lieferung von Vorschweißflanschen für Erdgansanwendung vorzugsweise nach ASME B16.5

- die Lieferung von Blindflanschen für Erdgasanwendung vorzugsweise nach ASME B16.5

mit folgenden Anforderungen

- Nennweite ≥ DN 150 ≤ DN 600
- Auslegungsdruck ≥ 70 bar
- Auslegungstemperatur -10 C° bis + 60 °C
- vorzugsweise RF-Dichtungen und UNC-Verbindungselemente

Los 4

eine Referenz für

- Ausbläserstützfuß samt Bogen für Erdgasanwendung. Bogen vorzugsweise aus längnahtgeschweißten Rohren nach DIN EN ISO 3183 PSL 2, vorzugweise nach OGE KN 263-004

- Bogennennweite ≥ DN 100
- Auslegungsdruck ≥70 bar
- Auslegungstemperatur -20 C° bis + 60 °C

Weitere Erklärung zum Teilnahmeantrag

Wir geben den Teilnahmeantrag im europaweiten Vergabeverfahren der Lieferung von Rohrmaterial für den Neubau einer Gastransportleitung SPO mit den vorstehenden Erklärungen nach Teil A und B sowie mit den beigefügten Anlagen ab.

Ich bin mir/ Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung und/ oder Angabe meinen/ unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

_____

Ort, Datum

_____

Name(n) der Person(en) in Druckbuchstraben, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft abgibt/ abgeben